

Die Linke.-Fraktion · Postfach 103564 · 50475 Köln

An den Oberbürgermeister
Herrn Torsten Burmester

An die Vorsitzende des Ausschusses für die
Gleichstellung von Frauen und Männern
Frau Jasna Ibric

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

Postanschrift:

Postfach 103564 · 50475 Köln

Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841

E-Mail: DieLinke@stadt-koeln.de

Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 11.03.2026

AN/0479/2026

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern	16.03.2026

Finanzierung der Beratung von Stalkingopfern – linksrheinisch und rechtsrheinisch

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Frau Ausschussvorsitzende,

die Fraktion Die Linke bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frauen und Männern zu setzen.

Stalking ist ein Delikt, bei dem die Täter fast ausschließlich männlich und die Opfer weit überwiegend Frauen sind. Laut Bundeskriminalamt erreichten die Fallzahlen 2024 (neuere Zahlen liegen nicht vor) einen Höhepunkt, nachdem sie 5 Jahre in Folge gestiegen waren. Im letzten Städtevergleich bezogen auf die Anzeigen wegen Stalking von 2010 nimmt Köln mit 142,7 Anzeigen pro 100.000 Einwohner stadtweit mit großem Abstand den Spitzenplatz ein.

Am häufigsten sind Frauen betroffen, die eine Beziehung mit dem Täter beendet oder einen Beziehungswunsch zurückgewiesen haben. Stalking ist ein Warnzeichen für drohende Gewalt. In 90 % der Femizide kam es vorher zu Stalking seitens des Täters.

In Köln finden Stalkingopfer Unterstützung durch den Sozialdienst Katholischer Frauen SKF, der seinen Sitz linksrheinisch hat. Aber auch die rechtsrheinisch gelegene Gewaltschutzberatungsstelle „Der Wendepunkt“ berät Ratssuche bei Bedarf zu Stalking. In den letzten Jahren ist der Bedarf an Beratung und Unterstützung gestiegen.

Dazu hat die Fraktion Die Linke folgende Fragen:

1. Betrachtet die Verwaltung die Beratung von Stalkingopfern als notwendigen Baustein im Gewaltschutz?

2. Wie haben sich die Zahlen der Stalkingberatungen in den letzten zehn Jahren verändert? Bitte auch die Beratungen beim „Der Wendepunkt“ mit abfragen.
3. Sieht die Verwaltung aufgrund der hohen Zahlen in Köln besonderen Handlungsbedarf?
4. Warum wird allein die linksrheinische Beratungsstelle mit kommunalen Mitteln für Stalkingberatung gefördert, nicht aber die rechtsrheinische?
5. Beabsichtigt die Verwaltung, diese Schieflage im kommenden Haushaltsentwurf zu verändern?

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Hans Günter Bell

Fraktionsgeschäftsführer